

Die Gewerkschaft VPOD reichte im April die Unterschriften für das Referendum gegen die Änderung des Bundesgesetzes zu den Krankenversicherungen ein. Foto: Keystone

Gewerkschaften sind begeistert von Tweet von SVP-Aeschi

Gesundheitsreform spaltet SP und SVP Falls das Volk die neue Krankenkassenvorlage im November gutheisst, gibt es laut Gewerkschaften bis zu 8 Prozent höhere Prämien. Die SVP-Spitze versucht nun plötzlich, die Basis auf Gewerkschaftskurs zu bringen.

Mischa Aebi
und **Adrian Schmid**

Noch bevor die Stimmlöcher zur Rentenreform die Türen schliessen, blasen die Gewerkschaften zum nächsten Kampf. Am 24. November befindet die Bevölkerung über eine neue, schon jetzt hochumstrittene Krankenkassenvorlage. Durch sie sollen falsche Anreize im Gesundheitssystem ausgemerzt werden. Doch die Gewerkschaften halten sie für so schlecht, dass sie das Referendum ergriffen.

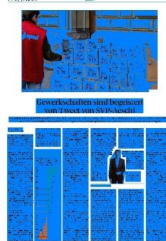
Jetzt präsentieren sie eine Berechnung basierend auf Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit: Sie zeigt, dass die Krankenkassenprämien in insgesamt 16 Kantonen durch die Einführung der Reform massiv steigen würden: in Appenzell Innerrhoden um 8,1 Prozent, in Basel, Bern und Zürich jeweils zwischen 1,5 und 3 Prozent.

Der Grund für den Prämien-schock in diesen Kantonen: Bei einer Annahme der Vorlage

würden die Gesundheitskosten zwischen Kantonen und Krankenkassen anders aufgeteilt. In immerhin neun vorwiegend westlichen Kantonen würde sich der neue Schlüssel allerdings positiv auswirken: Dort würden die Prämien sinken.

Thomas Aeschis
10-Milliarden-Tweet

Dabei ist der Kostenschlüssel noch nicht einmal der Hauptkri-



tikpunkt der Gewerkschaften. Noch stossender finden sie, dass sich Krankenkassen künftig auch an den Pflegekosten von Menschen in Heimen gemäss dem neuen Schlüssel beteiligen müssten. Die Gewerkschaften befürchten dadurch in den Folgejahren einen weiteren Prämienanstieg. Reto Wyss, Zentralsekretär beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, sagt: «Vor allem, weil die Langzeitpflege in die Vorlage aufgenommen wurde, haben wir das Referendum ergriffen.»

Nun erhalten sie Unterstützung von rechts: SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi schoss auf X scharf gegen die Reform und zitierte eine Studie, die warnt, dass die Einbeziehung der Langzeitpflege zu einem inakzeptablen Anstieg der Krankenkassenprämien führen werde. Demnach müssten die Prämienzahlenden dereinst als Folgen der Reform jährlich 10 Milliarden an Zusatzkosten finanzieren. «Ich unterstütze keine Vorlage, die das Prämienwachstum anheizt», sagt Aeschi. Die Gewerkschaften freuten sich diebisch über Aeschis Tweet und sorgten für dessen Weiterverbreitung.

Beide Lager kritisieren, dass die Vorlage den bestehenden Kostendeckel bei der Pflege entfernen will. Bis jetzt müssen Krankenkassen für die Pflege von Menschen in Heimen pro Tag fix 115 Franken zahlen. Den Rest übernehmen Kantone, Gemeinden und die Betroffenen selbst. Neu sollen die Krankenkassen 73 Prozent der Kosten zahlen. Ob das, wie Aeschi und die Gewerkschaften befürchten, tatsächlich zu höheren Prämien führt, ist umstritten.

Nicht einmal Wermuth

und Meyer sind sich einig

Trotz der unheiligen Allianz ist das Rennen völlig offen. Denn der Graben zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager geht für einmal mitten durch die Polparteien SP und SVP.

In der Schlussabstimmung im Nationalrat waren 15 SP-Nationalrätinnen und -Nationalräte im Nein-Lager, 21 stimmten der Vorlage zu. Nicht einmal das Präsidium war sich einig: Cédric Wermuth stand im Nein-Lager auf der Seite der Gewerkschafter, Mattea Meyer war für das Geschäft. Am Parteitag wurde der Entscheid der Fraktion aber korrigiert: Eine leichte Mehrheit der Delegierten lehnte die Vorlage ab. Die Genossen beschliessen aber, sich nicht aktiv am Referendum der Gewerkschaften zu beteiligen.

«Im Nationalrat hat sich mein Co-Präsident Cédric Wermuth bereits für ein Nein ausgesprochen, weil er die Risiken der Vorlage anders gewichtet hat als ich», sagt Mattea Meyer. Sie kann den Entscheid der Partei nachvollziehen. Denn in einigen Kantonen würden die Krankenkassenprämien «noch mehr ansteigen», und die Integration der Langzeitpflege bereite auch ihr Sorgen. «Klar ist aber, dass ich mich persönlich im Abstimmungskampf zurückhalten werde.»

Die Basler Gesundheitspolitikerin und SP-Nationalrätin Sarah Wyss hat ebenfalls zugestimmt. Ihr Argument: Sie findet die Vorlage wichtig, weil es dann weniger Anreize gibt, Behandlungen

stationär im Spital durchzuführen, die ambulant günstiger wären. Anders als die Gewerkschaften ist sie überzeugt, dass die Prämienzahlenden unter dem Strich entlastet werden.

«Sicher keine Kampagne mit Gewerkschaften»

Bei der SVP war die Zustimmung im Parlament mit 46 zu 20 Stimmen noch grösser als bei der SP. Präsident Marcel Dettling, Thomas Aeschi und

Magdalena Martullo-Blocher lehnten das Geschäft schon damals ab. Anfang September hat sich nun auch der Parteileitungsausschuss, dem alle drei angehören, einstimmig für ein Nein ausgesprochen.

Das sorgt für Streit innerhalb der Partei, wie bereits CH Media berichtet hat. Insbesondere die Befürworter haben Mühe mit dem Vorgehen. Ständerat Hannes Germann sagt: «Die Fraktion hat der Vorlage mit deutlicher Mehrheit zugestimmt, im Ständerat waren sogar alle sieben SVP-Mitglieder dafür.» Er habe jedoch den Eindruck, dass die Parteispitze die SVP nun auf einen Nein-Kurs bringen wolle. «Wir wurden teilweise sogar als Abweichler bezeichnet. Da werden Tatsachen verdreht. Ich wähne mich irgendwie im falschen Film», sagt Germann.

Schon beim Stromgesetz, über das im Juni abgestimmt wurde, wechselte die SVP nach der Abstimmung im Parlament vom Ja- ins Nein-Lager. Trotzdem engagierten sich einzelne SVP-Exponenten im Pro-Komitee. Die Parteileitung will das im aktuellen Fall verhindern. «Es ist wichtig, dass die SVP gegen ausser geschlossen auftritt», sagt Aeschi. Wer parteiintern unter-



liege, sollte sich nicht einem Gegenkomitee anschliessen. Die SVP-Delegierten werden im Oktober die Parole fassen. Dort wird sich zeigen, ob sich die Führung oder das Germann-Lager durchsetzt.

Im Falle einer Nein-Parole wird die SVP aber «sicher keine

gemeinsame Kampagne mit den Gewerkschaften machen», wie Aeschi klarstellt. Beim EU-Vertrag kämpfe man auch von zwei unterschiedlichen Seiten gegen die gleiche Vorlage. «Das Motto lautet: Getrennt marschieren, vereint schlagen.»



Teil einer unheiligen Allianz: Thomas Aeschi.

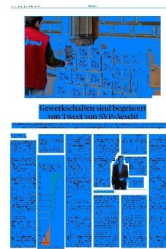
Foto: Keystone

Das neue Gesetz würde Prämien vielerorts verteuern

Prozentuale Veränderung der Krankenkassenprämien, wenn das Volk die Efas-Vorlage am 24. November gutheisst.



Grafik: vif, ma / Quelle: BAG / Gewerkschaftsbund



Efas-Vorlage kurz erklärt

Ziel der Efas-Vorlage (einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen) ist es, das Gesundheitssystem effizienter und gerechter zu gestalten.

Heute werden ambulante Leistungen, also Behandlungen, die ohne Übernachtung im Spital stattfinden, von der Krankenkasse bezahlt. Stationäre Behandlungen, bei denen man im Spital übernachten muss, werden hingegen teils von der Krankenkasse, teils vom Kanton übernommen. Dieses System führt zu falschen Anreizen. So haben die Krankenkassen ein Interesse daran, dass möglichst viele Behandlungen stationär im Spital durchgeführt werden, auch dann, wenn es medizinisch nicht sinnvoll und alles in allem teurer ist. Für die Krankenkassen lohnt es sich trotzdem, weil bei diesen stationären Behandlungen der Kanton über die Hälfte zahlen muss.

Die Efas-Vorlage will diese Finanzierung nun vereinheitlichen: Künftig sollen Krankenkassen einheitlich 73 Prozent der Kosten übernehmen – egal, ob es sich um eine ambulante oder stationäre Behandlung handelt. Dadurch sollen Fehlanreize ausgemerzt werden.

Ein wichtiger Teil der Vorlage betrifft auch die Langzeitpflege, also die Betreuung von Menschen, die über längere Zeit auf Hilfe angewiesen sind, wie zum Beispiel ältere Menschen. Diese Leistungen werden in die einheitliche Finanzierung einbezogen. Auch hier sollen Krankenkassen künftig 73 Prozent der Kosten übernehmen. Bisher mussten sie pro Person und Tag fix 115 Franken vergüten. Gegner der Vorlage befürchten, dass der Wegfall dieses Kostendeckels zu höheren Prämien führt.